Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1919

251 (10.9.1919) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1.90 Mk., vierteljährlich 5.70 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatl. 1.80 Mk. Auswärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährl. 5.82 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Rittierstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Pf., Reklamen. 1 Mk., an erst. Stelle 1.20 Mk. Auf diese Preise 60% Teuerungszuschlag. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen spät. bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894

Chefredakteur: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für Baden, Lokales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Hessemer; für Inserate Paul Kußmann. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt Ubland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 251. **Mittwoch, den 10. September 1919** Erstes Blatt.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie

bedeutet für die Parteileitung, die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zweifellos einen Erfolg: sie haben ein einstimmiges Vertrauensvotum erhalten, das ihre künftige Position innerhalb der Partei selbstverständlich stärken wird. Man kann diese Tatsache auch vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt aus begrüßen, denn sie bedeutet eine entschiedene Absage an den äußersten Linksradikalismus, dessen Pläne von Rätediktatur, Proletarierherrschaft und wie die anderen Heilmittel, mit denen die spartakistischen Wunderdoktoren à la Eisenbart den kranken deutschen Volkskörper heilen sollen, auch ausdrücklich abgelehnt wurden. Indem er diesen Standpunkt einnahm, bekannte sich der Parteitag auch gleichzeitig zu den Grundsätzen der Demokratie und somit zur weiteren positiven Mitarbeit im Staat.

Da es für keinen Einsichtigen einen Zweifel darüber geben kann, daß unsere Rettung nur aus der Zusammenfassung der Kräfte aller, „die guten Willens sind", hervorgehen kann, wird man sich auch außerhalb der Sozialdemokratie über dieses Bekenntnis freuen können. Freilich wird man sich hüten müssen, die Bedeutung dieser Dinge zu überschätzen. Die offizielle Sozialdemokratie hat die Massen bekanntlich nicht mehr in dem früheren Umfang hinter sich. Die Abwanderung nach der äußersten Linken ist vorhanden. Je vernünftiger, je realpolitischer die Haltung der Mehrheitspartei ist, desto lauter schreien die Unabhängigen und Spartakisten gegen sie. Es ist eine der größten Schwierigkeiten für die mehrheitssozialistischen Führer, diesem fortwährenden Gekeife gegenüber fest zu bleiben, auch dann, wenn man gelegentlich der Masse etwas anderes als Lobhudeleien sagen muß. Die badische Sozialdemokratie ist darin im allgemeinen den rechten Weg gegangen, und es haben insbesondere die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder Remmele und Rückert auf dem Karlsruher Parteitag ihren Genossen ohne Scheu die Meinung gesagt. Daß sie teilweise Widerspruch gefunden haben, ist nicht zu verwundern: die innere Umstellung auf die neue Zeit, in der die Sozialdemokratie Regierungspartei geworden ist, ist für viele „Unentwegte" nicht so einfach. Wenn sie trotzdem gerade innerhalb der badischen Sozialdemokratie bis zu einem hohen Grad gediehen ist, so ist das nicht zuletzt auf die politisch-erziehliche Wirkung der früheren „Großblockpolitik" zurückzuführen, die bereits im alten Staatswesen mit Erfolg versuchte, die Sozialdemokratie aus der Rolle einer unfruchtbaren Nur-Oppositionspartei herauszubringen und sie mit dem Gedanken einer positiven Mitarbeit vertraut zu machen.

Ein sozialdemokratischer Kritiker am Parteitag in der Freiburger „Volkswacht" vermißte neue, zündende Ideen. Er hat an sich vielleicht nicht Unrecht, aber es ist nun einmal so: das Regieren ist eine verflucht nüchterne Beschäftigung, und eine Regierungspartei kann daher auf ihrem Parteitag nicht mit volltönenden Redensarten und Phrasen kommen. Es ist etwas anderes um das Ausschreiben eines Wechsels und etwas anderes um dessen Einlösung! Die sozialdemokratischen Führer haben diese Wahrheit erkannt. Die große und für Deutschlands Zukunft schlechthin entscheidende Frage ist, ob sie auch von den Massen begriffen werden wird. Auf diesem Gebiet harrt der Sozialdemokratischen Partei eine große und schwere Aufklärungsarbeit; der badische Parteitag hat gezeigt, daß sie die Führer in Angriff zu nehmen gewillt sind. Bleibt nur zu wünschen, daß es dazu noch nicht zu spät ist. Auch die nichtsozialdemokratischen Parteien, die den Geist der Zeit verstehen, haben ein lebhaftes Interesse an deren Gelingen. Denn die Wiedergesundung unseres Staates und Volkes hängt davon ab, ob es gelingt, die vernünftigen Elemente der Arbeiterschaft auf der Plattform einer gesunden, sozial gerichteten Demokratie mit möglichst weiten Kreisen der übrigen Bevölkerung zusammenzuführen und für absehbare Zeit zusammenzuhalten. Dieses Ziel war der Richtpunkt für die Politik des badischen Koalitionskabinetts; wir sind bisher gut damit gefahren und haben allen Anlaß, es auch weiterhin im Auge zu behalten. Wenn es den besonnenen Führern der badischen Sozialdemokratie gelingt, diese Erkenntnis — allen Wühlereien und Hetzereien unverantwortlicher Elemente zum Trotz — in die Köpfe der Massen hineinzubringen, dann scheint uns eine ruhige Weiterentwicklung der politischen Verhältnisse in unserem engeren Vaterland gesichert. Der sozialdemokratische Parteitag bedeutet dazu einen erfreulichen Auftakt. Ob diese Stimmung aber auch die der Massen ist, bleibt vorläufig noch eine offene Frage, die erst die nächsten Wochen klären werden. 300 Delegierte sind schließlich noch nicht die Sozialdemokratische Partei, so daß erst die Wahlen erweisen müssen, bis zu welchem Grad die Massen hinter den vernünftigen Führern stehen. Jedenfalls aber ist das Ergebnis des Parteitages auch vom bürgerlich-freiheitlichen Standpunkt mit Genugtuung zu begrüßen, auch wenn man, wie wir, die Angriffe, die der Abg. Marum gegen die demokratische Landtagsfraktion glaubte richten zu müssen, als unberechtigt und überflüssig bezeichnen muß.

Ein neues Ultimatum.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 9. Sept. Wie wir hören, ist das neue Ultimatum an Deutschland, in dem die vollständige Streichung des Absatzes 2 Artikel 61a der Reichsverfassung verlangt werden soll, in Berlin noch nicht eingetroffen. An zuständiger Stelle ist man über die offizielle Stellungnahme der Entente zur deutschen Note noch nicht unterrichtet, hält aber die Meldungen der Pariser Blätter für richtig. Da sich die deutsche Regierung bereits in ihrer jüngsten Antwortnote mit dem Verbot des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland abgefunden hat, wird auch das neue Ultimatum der Entente wahrscheinlich keine Ablehnung finden. Es wird angenommen, daß die Note der Entente in Berlin morgen eintreffen wird. In diesem Falle wird voraussichtlich das Kabinett noch im Laufe der Woche seinen Beschluß über die Antwort fassen. Ein Berliner Abendblatt meldet, daß die Nationalversammlung in der nächsten Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werde, um die Verfassungsänderung durchzuführ[illegible]

Amsterdam, 9. Sept. (Wolff.) Die „Daily News" vom 6. September schreibt in einem Leitartikel: Der Streit zwischen den Alliierten und der deutschen Regierung über die Beziehungen Deutschlands zu Deutsch-Oesterreich sei in jeder Hinsicht zu bedauern. Das Veto der Alliierten gegen den friedlichen Zusammenschluß von Oesterreich und Deutschland sei völlig unberechtigt. Es vergewaltige den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts und sei aus Gründen der Zweckmäßigkeit eine Torheit, da der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an den Deutschen Bund ein ansehnliches Gegengewicht gegen die Vorherrschaft Preußens bilden würde. Deutschland sei vollauf berechtigt, Vorsorge für einen künftigen Zusammenschluß zu treffen, besonders wenn es annehmen dürfe, daß der Völkerbund diesem Plane wahrscheinlich beitreten werde.

Die Entscheidung über die Ratifizierung in der Union.

(Eigener Drahtbericht.)

Washington, 9. Sept. (Reuter.) Senator Lodge teilte mit, daß der Friedensvertrag dem Senat am Mittwoch unterbreitet werden wird.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 9. Sept. Am Dienstag begann die Reichskonferenz der Unabhängigen, zu der zahlreiche Delegierte aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin gekommen sind. Die Absperrung ist allerdings sehr streng. Nicht einmal die Arbeiterräte oder Funktionäre, die nicht Delegierte sind, haben Zutritt. Die Presse ist ebenfalls ausgeschlossen. Der Anlaß hierzu ist in der Tatsache zu suchen, daß bei der Konferenz sich das reinigende Gewitter innerhalb der Unabhängigen entladen dürfte. Die Konferenz wird sich vorwiegend mit den nächsten Aufgaben der Partei beschäftigen. Hierzu schreibt der auf dem linken Flügel der Unabhängigen stehende Kurt Geyer in der „Leipziger Volkszeitung": Deutschland befindet sich in einer vorrevolutionären Situation. Die treibenden Kräfte der kommenden Revolution werden in den Wintermonaten voll zur Wirkung kommen. Unsere Partei muß deshalb durch volle grundsätzliche Klärung kampfbereit gemacht werden, um so mehr, als wir die neue Revolution nicht nur kommen sehen, wir wollen sie auch.

Unsere Brotversorgung.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 9. Sept. Zu der Nachricht über eine Gefährdung unserer Brotversorgung erfahren wir von unterrichteter Seite, daß von einer unmittelbaren Gefährdung unserer Brotversorgung nicht die Rede sein kann. Es haben zwar in der letzten Zeit Schwierigkeiten in der Belieferung mit Brotgetreide bestanden, sie sind aber durch die Gewährung einer Lieferungsprämie an die Landwirte überwunden. Diese Wirkung wird sich allerdings erst in einiger Zeit zeigen können. An maßgebenden Stellen erwartet man bald eine bedeutende Erhöhung der Brotgetreidezufuhr. Die Nachrichten über den Ausfall der Ernte sind durchweg sehr günstig.

Ablieferungsstreik in Württemberg.

(Eigener Drahtbericht.)

× **Stuttgart**, 9. Sept. Die Regierung sieht sich vor einer neuen ernsten Schwierigkeit dadurch, daß in einer zunehmenden Reihe von Oberämtern die Bauern in einen Ablieferungsstreik eingetreten sind und besonders seit der neuen Ernte kein Brotgetreide mehr abliefern. Der Abmangel konnte bisher durch Mehllieferungen von Norddeutschland ausgeglichen werden, aber ihnen ist dadurch eine Grenze gesteckt, daß die Reichsgetreidestelle auch schon mehr täglich abgibt als ihre Zufuhr beträgt.

Im „Staatsanzeiger" erläßt nun die Regierung in den ernstesten Worten eine Mahnung an die Landwirte, nicht die Not des Volkes so aufs höchste auszunützen und weist darauf hin, welche Gefahren gewalttätiger Ausbrüche mit dem Streik verbunden seien. Tatsächlich ist es auch, z. B. im Oberamt Brackenheim seither zu einer Reihe Brandstiftungen an Scheunen gekommen.

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 9. Sept. (Wolff.) Auf Grund ministerieller Anordnung wird nunmehr die Einsetzung des Verkehrskommissariats in Düsseldorf zwecks Erleichterung des Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet erfolgen. Eine Mitteilung über den Beginn der Verkehrserleichterungen bleibt vorbehalten.

Erregung im Saargebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 9. Sept. Seit der Rückkehr der Kriegsgefangenen hat die Stimmung der Saarbevölkerung gegen die Franzosen sich ganz außerordentlich verschlechtert. Besonders die Erregung unter der Arbeiterbevölkerung will nicht mehr zur Ruhe kommen. Wenn auch vor einiger Zeit durch erneute Verhandlungen die Bergleute einigermaßen befriedigt worden sind, so bleiben doch einige Forderungen bestehen, die zu neuen Verwicklungen Anlaß geben.

Autonomie für Oberschlesien.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 9. Sept. Wie wir hören, trägt sich die preußische Regierung mit der Absicht, demnächst einen Gesetzentwurf über Oberschlesiens Autonomie herauszugeben.

Die deutschen Truppen im Baltikum.

(Eigener Drahtbericht.)

Königsberg, 9. Sept. (Wolff.) Die Räumung Litauens südlich der Memel ist planmäßig und ohne Zwischenfälle verlaufen.

Der Rücktransport der kriegsgefangenen Deutschen.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Bern**, 9. Sept. Zu den in der deutschen Presse verbreiteten Meldungen, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich erst nach der Friedensratifikation zurückgesandt würden, erfahren wir von besonderer Seite, daß es sich hierbei nicht um die allgemeine Ratifikation, sondern um die Ratifikation durch Frankreich handelt. Zusammenfassend kann über die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen folgendes gesagt werden: England und Amerika haben die sofortige Freilassung ihrer in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen beschlossen. Die Rückkehr der in England untergebrachten deutschen Kriegsgefangenen hängt von den Transportverhältnissen ab. Die deutschen Zivilinternierten in Frankreich werden ebenfalls sofort entlassen, die Kriegsgefangenen erst nach der Ratifikation des Friedensvertrages. Dabei muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die technischen Vorbereitungen für den Rücktransport immerhin eine gewisse Zeit beanspruchen werden.

b. **Berlin**, 9. Sept. Laut „Voss. Ztg." ist auf Grund einer direkten Aussprache zwischen der deutschen und italienischen Regierung entschieden worden, daß in den nächsten Tagen in Florenz ein deutscher Zug eintreffen wird, der die Gefangenen in die Heimat befördern soll.

b. **Haag**, 9. Sept. Aus Paris wird berichtet, daß acht deutsche Schiffe nach Sibirien gehen werden, um die russischen Kriegsgefangenen dorthin zu bringen. Auf der Rückfahrt werden die Schiffe deutsche Kriegsgefangene aus sibirischen Häfen mitnehmen. Die Ankunft in Deutschland ist im nächsten Jahre zu erwarten.

Rumänien und der Gewaltfriede mit Oesterreich.

Paris, 9. Sept. (Wolff.) Die Note der rumänischen Delegation teilt die Absicht der rumänischen Regierung mit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, der ihr volles Einverständnis habe. Indessen kündigt die rumänische Delegation an, daß sie Vorbehalte machen werde zu der Bestimmung des Vertrages hinsichtlich der Rechte der Minderheiten, die unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden sollen, eine Klausel, die die Souveränität der Rumänen beeinträchtige. Außer diesem Vorbehalt erklärte die rumänische Delegation, sich vollständig der Politik der Alliierten anschließen zu können. Der Oberste Rat hat beschlossen, diesen Vorbehalt nicht anzunehmen und Rumänien einzuladen, den Vertrag ohne Bemerkungen zu unterzeichnen oder der Unterzeichnung sich zu enthalten. Die rumänische Delegation hat noch keinen Entschluß gefaßt.

Amsterdam, 9. Sept. (Wolff.) Aus Paris wird gemeldet, daß es sicher erscheine, daß sich Rumänien, selbst auf die Gefahr eines Bruches mit der Entente hin, weigern werde, den Vertrag mit Oesterreich zu unterschreiben. Die rumänische Kornernte sei ausgezeichnet, so daß Rumänien nicht nur sich selbst, sondern auch seine früheren Feinde und die Neutralen damit versorgen könne. Seit einiger Zeit scheinen die rumänischen Petroleumwerte fast ganz in die Hand amerikanischer Geldleute übergegangen zu sein.

Ungarn und Rumänien.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Wien**, 9. Sept. Wie die „Wiener Mittagspost" meldet, verlautet in rumänischen Kreisen, daß in Bukarest eine ungarische Abordnung eingetroffen ist, die die Frage eines Sonderfriedens zwischen Rumänien und Ungarn erörtern soll.

Die Sozialisierung der Standesherrschaften

zu besprechen, kamen aus 80 Gemeinden des Seekreises am Sonntag, den 7. September im „Kreuz" in Radolfzell rund 300 Landwirte zusammen, zumeist Bürgermeister und Gemeinderäte; die einleitenden Vorträge hielten die Abgeordneten Schön-Donaueschingen (Dem.) und Diez-Radolfzell (Ztr.). Ersterer führte aus: Noch jede Revolution habe eine Agrarreform gezeitigt; von Reichs wegen sei bisher Erbbaurecht, Siedelungsgesetz, Landarbeitsordnung herausgekommen; der badische Gesetzgeber habe, gedrängt durch Interpellationen aller Parteien, Sperrgesetz, Meliorationsgesetz, Vereinfachung der Enteignung erlassen; außerdem liegen zwei Gesetzentwürfe, derjenige der Sozialdemokratie betr. Sozialisierung der Standesherrschaften, und ein Ausführungsgesetz, Enteignung zu Siedelungszwecken betr. vor. Gelegentlich der Verfassungsdebatten habe man sich im Landtag über den Eigentumsbegriff auseinander gesetzt und ihn wesentlich einschränken müssen; der Gedanke der Gemeinwirtschaft sei heute Gemeingut geworden. Das Sperrgesetz verrichte soziale Arbeit und nehme günstigen Einfluß auf den Grundstücksmarkt. Dem Eigentumsraub des Sozialisierungsentwurfs hätten die bürgerlichen Parteien jedoch nicht zustimmen, und die Standesherren nicht zu Bürgern niederen Rechts machen können. Immerhin werde man im Oktober oder November einen Kompromiß abschließen müssen. Zu ungünstigster Zeit treten die schwierigsten Probleme an unsere Landwirtschaft, die mitten hineingestellt sei in die früher ferngehaltene Weltwirtschaft mit möglichst viel Einfuhr, heran: Produktionssteigerung, Arbeitslosenaufnahme, Verbrauchermitbestimmung. Zunächst muß die Zwangswirtschaft abgebaut werden, ein System, das zu ungeheuren Entgleisungen geführt habe und nur mit Anmut noch ertragen werde, nachdem die Kommunalverbände ihre Leistungen beinahe eingestellt haben, bankerott sind. Zur Frage der Ertragssteigerung verhält sich die Sozialdemokratie zweideutig: Kautsky ist für Großbetrieb durch Staat, Gemeinde und Genossenschaften, unter Beteiligung der Arbeiter, Oswald für den Kleinbetrieb, die Parzellenpacht. Der badische Landtag hat sich für den Kleinbauer erklärt, der mit seinem in der Familien Vererbten am meisten produziere. Die Landwirtschaft ist, so schloß der Redner unter Beifall, allein unsere Rettung, auch hinsichtlich der sittlichen Erziehung unseres Volkes, weil sie an harte Arbeit gewöhnt ist. M. d. N. Diez ging näher ein auf die Besitzverhältnisse seiner engeren Heimat: der Bauer des Seekreises sei vielfach ein ländlicher Proletarier. Die Besitzer der Herrschaften Salem, Bodman, Fürstenberg, Douglas, Buol-Berenberg ließen in manchen Dörfern nur zwei oder drei selbständige Bauern und ein Zehntel bäuerlichen Besitz übrig. Soweit sie ihre Güter nicht selbst betrieben, seien sie unwirtschaftliche Zwischenglieder und sei die Uebernahme des schon parzellierten Großgrundbesitzes in die Hand der Bauern eine soziale Notwendigkeit. Die Denkschriften der Fürstenberg und Löwenstein enthielten Uebertreibungen sondergleichen, speziell bei Bodman fehle trotz Versprechungen jeder gute Wille; die Grundsätze der Verwaltung des Prinzen Max seien sehr schön, würden aber nicht durchgeführt. Dieser Großbesitz müsse zum Genuß der Allgemeinheit herangezogen, und die Regierung zur Entscheidung gedrängt werden nach dem Vorbild Württembergs, wo sich zu diesem Zweck ein Verband der Gemeinden gegründet hat. In der Sache müßten die bürgerlichen Parteien einig gehen; die Bezirksbauernräte hätten wertvolle Vorarbeiten geleistet.

In der Diskussion kam einmütig zum Ausdruck, daß Eigentum produktiver ist als Pachtland, und daß insbesondere der Staatspachtbetrieb zu bekämpfen sei, demgegenüber die Pacht vom Standesherrn durch persönliche Beziehungen einen Vorzug hatte. Neben lokalen Wünschen und Beschwerden z. B. über unbillige Pachtverträge, gegen die im Klagewege mit Unterstützung des Bezirksbauernrats vorgegangen wird, wurden die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung der Enteignung hervorgehoben: geringe Kapitalkraft der Pächter und Gemeinden, Preisfrage, Zulassung zum Erwerb. Ein Vorschlag ging, abgesehen von Zuweisung von Ackerland und Wiesen an die Bauern, auf Erwerbung von Wald durch die Gemeinden, die erfahrungsgemäß durch Waldbesitz unternehmungslustig und -fähig würden. Staatsrat Weikhaupt polemisierte gegen den ersten Vortragenden: man dürfe von den Kleinwirtschaften sich nicht zu viel versprechen; der norddeutsche Großgrundbesitz habe während des Krieges mehr erzeugt und mehr abgeliefert. Im Seekreis sei es eine gute Mischung im Gegensatz zum Rheintal. Die Siedlungsgesetze seien ein Experiment, eine Frucht revolutionären Landhungers. Sperrgesetz und Enteignungsgesetz genügten. Es käme auch wieder ein Rückgang der Konjunktur mit Ueberangebot und Preissturz. Er müsse warnen, die Regierung nicht zu drängeln. Die Sozialisierung sei nur zum Schaden des Bauern. Abg. Schön betonte in seiner Entgegnung die Hoffnung auf Klein- und Mittelbetrieb namentlich wegen Entlastung der Städte von Arbeitslosen. Unentwegte Sozialisierung forderte ein kriegsinvalider Vertreter einer Arbeitergemeinde; dieser sozialistischen Tendenz widersprach der Versammlungsleiter, Parteisekretär Schlegel-Konstanz. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die es als eine „wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit" erklärt, die Güter des Staats und der Standesherrschaften, soweit sie bisher parzelliert und verpachtet, oder ihr Ertrag versteigert oder verkauft wurde, „in das Privateigentum von selbstwirtschaftenden Bauern zu überführen; eine Bewirtschaftung durch Genossenschaften wird abgelehnt." Ferner wurde ein Ausschuß zur Vorbereitung einer späteren Kundgebung eingesetzt. Die Debatte bewegte sich stellenweise auf bemerkenswerter wissenschaftlicher Höhe, so als ein Redner den Vergleich zog zwischen Zollschranke und Schutz durch die Valuta; derselbe machte geltend, daß alle die geplanten Meliorationen unwirtschaftlich, ja geradezu gefährlich seien, weil wir nach dem Frie-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

densvertrag Kunstdünger ausführen müssen und den uns verbleibenden Rest notwendig brauchen zur Bewirtschaftung des jetzigen Bestands. Mehrfach wurde an Eigentumsbegriff und Rechtsgefühl und an die nationalen Pflichten der Landwirtschaft appelliert. Es ist gut, daß solche Gedanken in der Bauernschaft verbreitet werden. Nur dann kann sie mit gutem Gewissen die Standesherrn expropriieren, wenn sie die Aufgabe der Produktionssteigerung, der Ernährung der städtischen Bevölkerungsmassen, und der Arbeitslosenunterbringung erfüllt.

Dr. O. Föhrenbach.

Die deutsche Republik.

Hundertjahrfeier der württembergischen Verfassung.

Stuttgart, 8. Sept. Am 25. September 1919 sind 100 Jahre verflossen, seit die württembergische Verfassung in Kraft getreten ist, die die Grundlage unseres Verfassungslebens bis zur Revolution von 1918 gebildet hat, die Regierung hat aus diesem Anlaß Verfassungsfeiern für die Oeffentlichkeit wie für die Schulen angeordnet. Die Verfassung ist seinerzeit unter ähnlichen Umständen wie die badische, und nach schweren Kämpfen, die durch Uhlands rege Beteiligung bekannt sind, unter dem zweiten König von Württemberg, Wilhelm I., geschaffen worden; der Vorschlag des 1816 gestorbenen, stark absolutistischen Königs Friedrich, war von den Landständen des alten Stils glatt abgelehnt worden. An sich geht das württembergische Verfassungsleben schon auf den „Münsinger Vertrag" von 1482 zurück. Die Verfassung von 1819, die die Vorschrift der Bundesakte von 1815 zu erfüllen hatte, war auf dem Zweikammersystem aufgebaut, obwohl die Mehrheit der Landstände bloß widerwillig dazu Ja sagte. Die 1. Kammer bestand aus den kgl. Prinzen, den Standesherren und ernannten Mitgliedern; die 2. Kammer aus den Vertretern des ritterschaftlichen Adels, der Kirchen, der Universität, der sog. „guten Städte" und der Oberämter. Letztere wurden indirekt und nach Steuerrücksichten gewählt. Die Stände hatten das Haushaltsrecht und das Recht der Zustimmung zu allen Gesetzen. Die erste Abänderung erfolgte nach der Revolution von 1848 durch das Wahlgesetz vom 1. Juli 1849, das allen volljährigen und steuernden Staatsbürgern das Wahlrecht gab. Weitere Aenderungen blieben erfolglos bis nach dem Regierungswechsel von 1864, das Jahr 1868 brachte das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht. In den 80er Jahren fanden neue Reformwünsche steigende Nahrung. König Wilhelm II. wies schon in seiner Thronrede im Herbst 1889 auf die Verfassungsreform als eine dringliche Aufgabe hin, und 1894 nach dem großen Wandel in der Zusammensetzung der Zweiten Kammer (Zentrum und Volkspartei die stärksten Parteien) wurde ein Entwurf vorgelegt. 12 Jahre gingen heiße Kämpfe, besonders zwischen Erster und Zweiter Kammer hin und her, bis endlich 1906 die neue Verfassung fertig war, die in erster Linie die Zweite Kammer zu einer reinen Volkskammer machte und die Erste durch Zuweisung von Vertretern des ritterschaftlichen Adels der Kirchen, Hochschulen, der Industrie und Landwirtschaft vermehrte, aber ihrem einseitig klerikalen Gepräge doch ein Gegengewicht gab. Für einen Teil der Zweiten Kammer war das Verhältniswahlverfahren eingeführt.

Die neue Verfassung hatte sich schnell durchgesetzt. Wohl waren viele Wünsche, besonders der Sozialdemokratie, unerfüllt geblieben, aber eine starke Reformbewegung war noch nicht wieder aufgekommen. Da kam im Gefolge des Kriegs die Umwälzung, die auch in Württemberg das Verfassungsleben auf eine ganz neue Grundlage stellte. Die verfassunggebende Landesversammlung knüpfte nicht mehr, wie alle bisherigen Umgestaltungen, an das Gesetz von 1819 an, sondern schuf einen ganz neuen Boden. Und so ist die kommende Erinnerungsfeier bloß noch die Feier eines Vergangenen. Aber Württemberg hat sich unter der Geltung dieser Verfassung auf allen Gebieten erfreulich entwickelt.

Für die Provinziallandtagswahlen

im Kreise Hattingen sind die Sozialdemokraten ein Wahlbündnis mit der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei eingegangen, das den Ausschluß des Zentrums zum Ziel hat. Nach dem Wahlbündnis erhalten die Sozialdemokraten zwei, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen je einen Vertreter im Landtag.

Die Bekämpfung der Steuerflucht.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 9. Sept. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, hat das Reichsfinanzministerium bis zur Stunde weder zu der Anregung eines Steuereides, dessen Verletzung durch schwere Freiheitsstrafen oder den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte geahndet werden soll, noch zu einem anderen der zur Bekämpfung der Steuerflucht gestellten Anträge irgend welche Stellung genommen.

Rückkehr zur Akkordarbeit.

Jena, 7. Sept. Die Firma Carl Zeiß hatte ihren Angestellten eine erhebliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugesagt, verlangte aber zur Förderung der Produktion die Rückkehr zur Akkordarbeit. Die erste Abstimmung ergab nur eine geringe, eine nach erneuten Verhandlungen nochmals vorgenommene Abstimmung eine erhebliche Mehrheit für die Akkordarbeit, deren Wiedereinführung somit gesichert ist.

Pöbelausschreitungen bei dem Chemnitzer Putsch.

(Eigener Drahtbericht.)

c. **Dresden**, 9. Sept. Nach Blättermeldungen soll der Pöbel bei dem Chemnitzer Putsch verwundete Reichswehrsoldaten schrecklich mißhandelt haben, u. a. soll wehrlosen Soldaten der Hals abgeschnitten, der Leib aufgeschlitzt und einige sogar in Säcke genäht und tagelang ohne jegliche Nahrung gelassen worden sein. Wie unser Dresdener Vertreter amtlich erfährt, sind, wie schon gemeldet, Grausamkeiten verübt worden, aber die oben angegebenen Fälle sind nicht feststellbar. Es stellt sich jetzt heraus, daß manches übertrieben war. Wegen verübter Grausamkeiten, Plünderung und Widerstand befinden sich 40 Personen in Haft. Die Untersuchung gegen sie wird nachdrücklichst geführt. Da seinerzeit keine Leichenprotokolle aufgenommen wurden, lassen sich die geschilderten Grausamkeiten an den Toten nicht mehr feststellen.

Lettow-Vorbeck.

Stargard, 9. Sept. Das angebliche Attentat auf General Lettow-Vorbeck hat sich als Dummerjungenstreich herausgestellt. Der Attentäter, ein 18jähriger Bursche, hat mit einer sogenannten Schreckschußpistole, wie sie von Kindern zum Spielen benutzt wird, einen Schuß abgegeben, bevor General v. Lettow-Vorbeck den Wagen bestieg.

Oberleutnant Marloh.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 9. Sept. (Privattelegramm.) Nach Blättermeldungen befindet sich der geflohene Oberleutnant Marloh, gegen den ein Verfahren wegen Erschießung von Matrosen in der Französischen Straße schwebt, nach Angabe der zuständigen Stelle in sicherem Gewahrsam in Berlin.

Die Franzosen und die Rheinpfalz.

Gelegentlich der Ludwigshafener Vorgänge gingen durch verschiedene deutsche Zeitungen die Meldung, daß die französischen Besatzungstruppen in der Pfalz verstärkt worden seien. Diese Nachricht entbehrt, wie die Pfalzzentrale meldet, jeder tatsächlichen Grundlage.

Ein Teil der französischen Presse enthält gegen die deutsche Presse (auch gegen das WTB.) Vorwürfe wegen unrichtiger Berichterstattung über die Vorgänge in Ludwigshafen. Die Pfalzzentrale bemerkt dazu: Auch heute sind die Vorgänge im Hauptpostamt in Ludwigshafen noch keineswegs so geklärt, wie es im Interesse des deutschen Volkes erwünscht wäre. Schuld daran ist aber die französische Besatzungsbehörde, die auch bis heute noch keine freie, auf Zeugenaussagen begründete amtliche Darstellung des Vorfalles zugelassen hat.

Für die Sachkenntnis und wie die französische Presse die Vorgänge in der Pfalz beurteilt, dafür ein Beispiel: Das „Pariser Journal" brachte die erste Meldung über den Ludwigshafener Putsch, worin der Vermutung Ausdruck verliehen war, es könnten die Haasisten ihre Hand dabei im Spiele haben, mit der Ankündigung: „Kommunistischer Putsch in Ludwigshafen". An der Spitze dieses Artikels prangte das Bild des Führers der U.S.P. Friedrich Haase! Weiterer Kommentar überflüssig.

Unsere großen Ozeandampfer.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 9. Sept. (Wolff.) Laut „Telegraaf" ist aus dem neuen Lloyds-Register ersichtlich, daß 16 der großen Ozeandampfer vom amerikanischen Schiffahrtsamt, 9 vom amerikanischen Marinedepartement, 9 von der britischen Schiffahrtskontrolle, 6 von Italien, 2 von Brasilien und 1 von Chile verwaltet werden. Die vom amerikanischen Schiffahrtsamt übernommenen Dampfer haben neue Namen erhalten, was darauf schließen läßt, daß diese Schiffe vollkommen als amerikanische Schiffe angesehen werden. Darunter befinden sich die Dampfer „Vaterland", „Kaiser Wilhelm II.", „Kronprinzessin Cecilie" und die „Amerika". Die jetzt Amerika gehörenden Schiffe waren früher Eigentum des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie.

Auswärtige Staaten.

Die Entente gegen Sowjetrußland.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 9. Sept. (Wolff.) Den englischen Blättern vom 6. September zufolge meldet „Daily News" aus Helsingfors: Wie verlautet, wurde wegen der zu erwartenden Offensive der Alliierten gegen Petersburg die Zivilbevölkerung von Kronstadt, Krasnaja, Gorka und Oranienbaum nach dem Innern Rußlands gebracht.

Helsingfors, 9. Sept. In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Helsingin Sanomat" hat der hiesige englische Geschäftsträger geäußert, daß auf eine aktive Teilnahme Englands an einem Vorgehen gegen die Bolschewisten kaum zu rechnen sei, da der Gedanke in verschiedenen politischen Kreisen Englands auf scharfen Widerstand stoße. Auch sei die Armee nach den Beschwernissen des Weltkrieges der Ruhe bedürftig, so daß es schwer sein werde, sie zu einem neuen Kriegszuge zu verwenden. Daher werde England alle kriegerischen Operationen in Nordrußland aufgeben. Der Heimtransport der in Murmon befindlichen englischen Truppen habe bereits begonnen. Die Heimschaffung der noch verbleibenden Truppen sei nur eine Frage der Zeit. In keinem Fall aber werde die englische Regierung neue Truppen gegen Rußland senden. In englischen Regierungskreisen herrsche die Ansicht, daß man die Entwicklung der Verhältnisse in Rußland als Außenstehende verfolgen und jedwede bewaffnete Einmischung vermeiden müsse. Er glaube nicht, daß Petersburg in der nächsten Zukunft genommen werde.

b. **Berlin**, 9. Sept. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" hat der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat eine Entschließung angenommen, die den Volkskommissar ermächtigt, mit dem Verbande in Verhandlungen über einen Frieden auf Grund der von den Verbündeten gemachten Vorschläge einzutreten.

Schweden und die antirussische Politik Englands.

Stockholm, 6. Sept. In schwedischen politischen Kreisen werden der „Frkf. Ztg." zufolge die erst durch Indiskretion bekannt gewordenen Verhandlungen Schwedens mit Estland wegen Gewährung einer Anleihe von 25 Millionen an Estland lebhaft besprochen. Da man weiß, daß England größtes Interesse am Zustandekommen der Anleihe hat, sieht man darin einen Versuch Englands, auch Schweden stärker an seiner antirussischen Politik zu interessieren. Gerade deshalb werden aber Bedenken laut, weil man sich hier nicht den englischen Illusionen hingibt, daß Rußland auf die Dauer niedergehalten werden kann. Die Zukunft der neuen baltischen Staaten wird wegen ihrer inneren Schwäche und wegen des russischen Lebensinteresses am Besitz der baltischen Küste hier als unsicher betrachtet. Zu dem großen finanziellen Risiko käme noch die politische Gefahr, daß Schweden sich die besondere Abneigung des künftigen Rußlands zuziehen würde, wenn es sich durch die Anleihe am Bestand des estnischen Staats besonders interessiert zeige. Ihr Zustandekommen ist daher fraglich. Wahrscheinlich wird England allein die Kosten für die Finanzierung seiner antirussischen Politik tragen müssen.

Die Polen gegen die Litauer.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin**, 9. Sept. Nach dem „Berl. Lok.-Anz." bringen die „Times" eine Meldung aus Warschau, wonach sich polnische Truppen längs des nördlichen Abschnittes der Bahnlinie Wilna—Dünaburg im Kampfe mit den Litauern befinden. Die Polen ständen nahe vor Dünaburg.

Das Mandat über die Türkei.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 9. Sept. Die „Times" melden aus Paris, daß der türkische Großwesir Tewfik Pascha in einer Unterredung erklärt hat, daß er dagegen sei, daß irgend eine Macht das Mandat über die Türkei erhalte. Die Türkei würde nicht dulden, daß sich eine fremde Macht in ihre Angelegenheiten einmische und könne nur technische oder wirtschaftliche Unterstützung annehmen, sofern diese Unterstützung keinerlei Art von Kontrolle bedeute. Den Grundsätzen Wilsons zufolge habe die Türkei das Recht, sich dem Völkerbunde anzuschließen.

Die direkte Aktion.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 9. Sept. „Telegraaf" zufolge wurde gestern der Gewerkschaftskongreß in Glasgow eröffnet. Es waren 848 Delegierte anwesend, die 5 265 426 organisierte Arbeiter vertreten. Der Vorsitzende Stuart Bunning behandelte in seiner Begrüßungsrede die Frage der direkten Aktion und setzte auseinander, warum die parlamentarische Kommission sich geweigert hätte, zur Besprechung dieser Frage einen besonderen Kongreß einzuberufen. Der Kongreß habe ernstlich an einen allgemeinen Streik zu politischen Zwecken nie gedacht.

Das Verhältnis Hollands zu Belgien.

(Eigener Drahtbericht.)

Versailles, 9. Sept. (Wolff.) Nach der „Chicago Tribune" soll die holländische Regierung sich weigern, territoriale Forderungen anzuerkennen. Sie sei jedoch bereit, Belgien auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzukommen. Holland wolle Belgien erlauben, auf der Schelde zwischen Antwerpen und dem Meere zu baggern und Leuchttürme zu unterhalten. Ferner sei man bereit, dem Bau eines Schelde—Maas—Rheinkanals zuzustimmen, sowie der freien Schiffahrt auf dem Kanal Gent—Terneuzen. Andererseits wolle Holland, wenn Belgien eine Kriegsmarine besitze, seinen Schiffen das Recht zugestehen, die Schelde hinauf bis nach Antwerpen zu fahren, das alsdann zum Flottenstützpunkt werde.

Badische Politik.

Minister Dietrich über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft.

In zwei großen demokratischen Bauernversammlungen in Großsachsen und Heddesheim (Bezirk Weinheim) sprach Minister Dietrich über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Ausgehend von den Ernährungsverhältnissen und der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft vor dem Kriege legte er dar, daß die Ernährung der deutschen Bevölkerung in Zukunft nur dann sichergestellt werde, wenn die Landwirtschaft tatkräftig an eine durchgreifende Hebung der Produktion herangehe. Die Hoffnungen auf eine preismäßigende Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande sei trügerisch, da unser Geld ¾ seiner Kaufkraft verloren habe. Eine Besserung der Einfuhrverhältnisse sei von der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen abhängig. Die Interessen von Arbeitern und Bauern seien in dieser Frage durchaus gleichlaufend. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktionskraft bilde die Kernfrage in der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahrzehnte. Der Redner verlangt schließlich den Abbau der Zwangswirtschaft bis auf die Brot- und Milchbewirtschaftung und die Einführung eines gesetzlichen Getreidemonopols, damit der Brotpreis nicht plötzlich um das mehrfache seines Wertes auf den Weltmehlpreis hinaufschnellt und damit der Bauer einen Halt gegenüber den Schwankungen des Weltmarktpreises hat.

Während die Versammlung in Großsachsen trotz anwesender Gegner einen ruhigen Verlauf nahm, kam es in der Versammlung in Heddesheim zu einem Zusammenstoß zwischen Dietrich und dem ehemaligen konservativen Landtagsabg. Rechtsanwalt Schmitt-Breiten. Schmitt, der anscheinend nicht vergessen kann, daß ihn Dietrich seiner Zeit aus dem parlamentarischen Sattel hob, störte die Versammlung, indem er Dietrich und seine Beifallsspender persönlich beschimpfte. Er wurde in seiner Kampfesmethode von seinem Bruder, dem Zigarrenfabrikanten Schmitt-Heddesheim, unterstützt. Die sachlichen Ausführungen des Ministers mußte Schmitt bestätigen und sich von Dietrich in einem glänzenden Schlußwort abfertigen lassen.

Zum Entwurf eines Gesetzes über das Reichsnotopfer

hat die Bad. Landwirtschaftskammer bei der Deutschen Nationalversammlung beantragt:

1. „Dauernd land- und forstwirtschaftlich oder gärtnerisch benützte Grundstücke einschließlich des Zubehörs für das Reichsnotopfer mit dem Ertragswert zu veranlagen, nicht mit dem Verkaufswert abzüglich eines Viertels davon, wie der Entwurf vorsieht. Auf besonderen Antrag des Ergänzungsamts soll der Verkaufswert abzüglich eines Viertels davon für die Veranlagung zugrunde gelegt werden können.

2. Für die Verzinsung der aus dem Reichsnotopfer entstehenden, in 30—50 Jahren tilgbaren Schulden soll statt „fünf vom Hundert" ein den landwirtschaftlichen Verhältnissen angemessener bedeutend niedriger Zinsfuß vorgesehen werden."

Begründet wird das damit, daß der Verkaufswert oder gemeine Wert der Grundstücke in den letzten 5 Jahren ganz außerordentlich gestiegen ist, besonders durch das Streben zahlreicher Kriegsgewinnler, ihre Gewinne in Grund und Boden sicher anzulegen auch auf die Gefahr hin, daß der reelle Ertragswert des erworbenen Objektes weit hinter dessen Kaufpreis zurückbleibt.

In Anbetracht der auf einen Abbau der Lebensmittelpreise gerichteten Bestrebungen muß es als höchst unzweckmäßig gelten, die Phantasiegrundstückspreise in ihrer jetzigen Höhe zu stabilisieren, indem eine Steuerveranlagung von außerordentlicher Schärfe auf sie aufgebaut wird. Die Erhebung des Reichsnotopfers in der im Entwurf vorgesehenen Höhe würde die Landwirtschaftsbetriebe durch Entziehung des Betriebskapitals lähmen.

Aufwendungen für künstliche Düngemittel und für Kraftfuttermittel wären den überschuldeten Betrieben nicht mehr möglich, die Erträge gingen noch weiter zurück und zum Niedergang der Industrie käme der Niedergang der Landwirtschaft.

Für die auf die Güter einzutragenden Schulden aus dem auf 30—50 Jahre verteilten Reichsnotopfer dürfen nicht 5% Verzinsung gefordert werden. Das würde eine allmähliche Erholung völlig ausschließen. Diese Schulden stellen eine allererste Hypothek dar und müssen dementsprechend mit einem den landwirtschaftlichen Verhältnissen angemessenen Zinsfuß verzinst werden.

Aus Baden.

Die Wiederinbetriebnahme des Badischen Bahnhofs in Basel.

Am Sonntag, den 14. September, wird der Bahnhof Basel (Bad. Stb.) wieder in Betrieb genommen und gleichzeitig der Personenverkehr auf der Verbindungsbahn zwischen Basel (Bad. Stb.) und Basel (S.B.B.) wieder aufgenommen. Die Schnell- und Personenzüge der Strecke Mannheim-Heidelberg—Basel beginnen und endigen von diesem Tag an wieder wie früher in Basel (Bad. Stb.). Gleichzeitig tritt auf den Strecken Basel (Bad. Stb.)—Zell i. W., Basel (Bad. Stb.)—Waldshut—Schaffhausen—Singen, Weil-Leopoldshöhe—Lörrach und Schopfheim—Säckingen ein neuer Fahrplan in Kraft, der auf den Stationen zu erfahren ist.

Zum badischen Taschenfahrplan wird ein Nachtrag ausgegeben, der die geänderten Fahrpläne vorstehend angeführter Strecken enthält und der an den Fahrkartenschaltern käuflich ist.

Der deutsche Inlandsverkehr ist im Bahnhof Basel (Bad. Stb.) keinen Beschränkungen unterworfen, so daß sich die mit den bad. Zügen in Basel (Bad. Stb.) eintreffenden Reisenden ohne weitere Förmlichkeiten zu den Anschlußzügen begeben können. Dagegen ist das Verlassen des Bahnhofgebietes nur solchen Personen gestattet, die sich im Besitz der erforderlichen Ausweispapiere befinden und die sich der deutschen und schweizerischen Paß- und Zollprüfung unterzogen haben. Die auf schweizerischem Gebiet liegende Station Riehen bleibt für den Personenverkehr gesperrt.

Zu den Veränderungen beim Oberversicherungsamt Mannheim.

Oberamtmann Dr. Sauter (geb. 1877, zweite juristische Staatsprüfung 1902) ist nicht nach Mannheim versetzt, sondern verbleibt beim Oberversicherungsamt Freiburg, dessen Direktor er seit vorigem Jahr vertreten hat. Er wurde zum Vorsitzenden der Spruchkammer des neu errichteten, mit dem OVA. verbundenen Militärversorgungsgericht bestellt.

Oberamtmann W. Schmitt wurde zum Mitglied des Oberversicherungsamts Karlsruhe (nicht Mannheim) ernannt.

Oberamtmann Dr. Castenholz hat die zweite juristische Staatsprüfung 1902 (nicht 1907) abgelegt.

Die Herbstweide.

Die Domänenämter, die Finanz- und Hauptsteuerämter mit Domänendienst und die Forstämter mit landwirtschaftlichem Besitz wurden angewiesen, auch im laufenden Jahre etwaigen Gesuchen von Landwirten und Gemeinden um Gestattung des Weidgangs auf in Selbstbewirtschaftung stehenden Domänenwiesen zu entsprechen.

Benachteiligung des badischen Gewerbes.

Rh. **Karlsruhe**, 8. Sept. Bei der Verteilung von Heeresaufträgen wird leider Badens Industrie und Handwerk nicht immer in dem wünschenswerten Maße berücksichtigt. Vor einigen Monaten sind zum großen Erstaunen der badischen Industrie in Karlsruhe ungefähr 60 000 Entlassungsanzüge aus Württemberg eingetroffen! Das Badische Auftragsamt hat sich in dieser Angelegenheit sofort an das Bekleidungsamt und an das Generalkommando des 14. Armeekorps gewandt. Da stellte sich nun heraus, daß das Kriegsministerium dem Bekleidungsamt Karlsruhe nur zur Anfertigung von 20 000 bürgerlichen Anzügen Stoffe überwiesen hatte, während im übrigen aus anderen Korpsbereichen auf Anordnung des Kriegsministeriums nur fertige Anzüge überwiesen wurden. Badens Industrie und Gewerbe hatten also das Nachsehen. Wie wir hören, wird die badische Regierung, der diese Vorgänge berichtet wurden, bei den gegenwärtig bevorstehenden neuen Vergebungen energisch darauf hinwirken, daß Badens Industrie und Handwerk diesmal nicht wieder zu kurz kommen.

- **Pforzheim**, 9. Sept. Dem Vertreter einer hiesigen Kettenfabrik wurden im Wartesaal 3. Klasse in Lausanne, als er eingeschlafen war, eine Anzahl Schmuckgegenstände im Werte von 50 000 Frs. entwendet. Zwei Männer und eine Frau sind des Diebstahls verdächtig.

- **Hockenheim**, 9. Sept. Wie verlautet, ist es gelungen, die beiden flüchtigen Einbrecher Karl Bühler und Georg Schweikert in Charlottenburg zu verhaften. Es wird ihnen eine ganze Reihe Tabakdiebstähle zur Last gelegt, die oft unter erschwerten Umständen vorgenommen wurden. Seit diese beiden flüchtig sind, hörten hier die Einbrüche in den Zigarrenfabriken auf. Bühler ist überdies fahnenflüchtig.

- **Mannheim**, 9. Sept. Beim Baden im Neckar ist der 35 Jahre alte Schlosser Emil Klumpp ertrunken. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geländet werden.

- **Heidelberg**, 9. Sept. Der Wert der im Goldwarengeschäft Kesselbach gestohlenen Waren beläuft sich auf 80 000 Mk.

b. **Baden-Baden**, 9. Sept. Der Besuch der zur Kur sich hier aufhaltenden Fremden erreichte heute die Zahl 35 759. Die mittlere Temperatur ist + 15° Celsius. Das Wetter ist sehr schön.

- **Baden-Baden**, 9. Sept. Im Begriff, die Straßenbahn zu besteigen, wurde ein hiesiger Einwohner namens Langer von einem entgegenkommenden Auto erfaßt. Der Mann wurde auf den Bürgersteig geschleudert und erlitt schwere Verletzungen, denen er noch am gleichen Tage erlegen ist.

W. **Achern**, 8. Sept. Heute nachmittag fand hier eine stark besuchte Versammlung der Arbeiterschaft statt, in der eine sofortige Besserung der Lebensmittelversorgung gefordert wurde. Die Teilnehmer zogen sodann vor das Bezirksamt und ließen durch eine Abordnung ihre Wünsche überreichen. Abgesehen von scharfen Angriffen gegen behördliche Organe, wie den Kommunalverband, in der Versammlung selbst, ist es zu besonderen Zwischenfällen nicht gekommen.

- **Rümmingen** bei Lörrach, 9. Sept. Der 22 Jahre alte Fritz Bürgin von Binzen war in einer Grube beschäftigt, als sich plötzlich ein großer Stollen löste und Bürgin unter sich begrub. Der Unglückliche wurde zu Tode gedrückt.

- **Markdorf** bei Ueberlingen, 9. Sept. Auf der Bahnstrecke Löwental—Friedrichshafen wurde eine unbekannte männliche Leiche im Alter von ungefähr 35 Jahren aufgefunden. Der linke Arm und der linke Fuß waren abgefahren. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

- **Tiengen**, 9. Sept. Sonntag nacht brannten die alten Oekonomiegebäude des Hasenhofes bis auf den Grund nieder. Die ganze Getreideernte, 22 Schweine, die Hühnerzucht und die landwirtschaftlichen Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Es wird Brandstiftung vermutet.

Aus dem Stadtkreise.

Der österreichische Vizekonsul Horibert Ritter von Troll sprich Obergfell, der zuletzt dem Münchener Konsulat zugeteilt war, hat die Leitung des Karlsruher Oesterreichischen Konsulates übernommen. Die Amtsräume befinden sich nach wie vor Gartenstraße 15. Das Konsulat vertritt nur die Interessen der Republik Oesterreich.

Die Kadettenanstalten, deren Schließung und Umwandlung zum 1. Oktober ds. Js. beabsichtigt war, bleiben bis zum 1. April 1920 in ihrer jetzigen Form weiterbestehen, Kadetten werden jedoch nicht mehr eingestellt. Ueber die Zukunft der Anstalten ist noch nicht entschieden.

Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe. Die Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher Wirtevereinigung schreibt uns: Die Gastwirtsgehilfen haben den Lohntarif vom April ds. Js. wieder gekündigt. Sie verlangen: Abschaffung des Trinkgelderzwangs, achtstündige Arbeitszeit; wöchentl. Lohn: Oberkellner und Portiers in Hotels 160—180 Mk., Restaurationskellner und -Kellnerinnen 160 Mk., Kaffeekellner 160 Mk., Kellner und Kellnerinnen in Bierlokalen 90 Mk. Ueberstunden 3 Mk. Freie Kost und Wohnung oder tägliche Entschädigung 3 Mk. und Monatsentschädigung 20 Mk. Dazu: Umsatzprämie: Hotel 3 Proz., Kaffeehäuser 2 Proz., Restaurants 1 Proz., Weinlokale ½ Proz. Dem Betriebsrat ist Einblick ins Abrechnungsbuch zu gewähren. Aushilfspersonal: Tageslohn 30 Mk., Halbtageslohn 18 Mk. usw. Die Verfertiger dieses Tarifs wissen anscheinend nichts von dem schweren Existenzkampf gerade des Gastwirtsgewerbes in den kommenden Tagen, sie wissen nicht, daß sie ihr eigenes Grab schaufeln, wenn sie das Gastwirtsgewerbe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

unter der Wucht solch unsinniger Forderungen zusammenbrechen lassen. Die unerhörten Forderungen der Karlsruher Gehilfenorganisation fallen zeitlich zusammen mit dem Zusammenbruch des gleichen Tarifs in Mannheim. Die Gastwirtsvereinigungen werden Stellung nehmen zu der Sache. Es ist ein Kampf um die Existenz. Auch die Staatsregierung kann nicht untätig zusehen, wenn ein wichtiger und bisher steuerkräftiger Teil am Wirtschaftskörper des Volkes durch unerfüllbare Forderungen erdrosselt werden soll. Aber auch das Publikum selbst wird auftreten und Protest erheben, wenn die schweren Lasten eines solchen Tarifs, die das Wirtsgewerbe nicht tragen kann, auf die Konsumenten gelegt werden müßten. Das Publikum wird die unerschwinglichen Preise nicht zahlen können, die Gaststätten würden veröden, die meisten Betriebe restlos zusammenbrechen und mit ihnen die Existenz der Angestellten. Möge man den Ernst der Lage erkennen und Einkehr halten, dort wo es nottut.

Die 50. Kartellversammlung des Kartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen (farbentragend) fand vom 2.—7. September in Würzburg statt. Der Verband umfaßt 83 Verbindungen an deutschen und österreichischen Universitäten und Technischen Hochschulen. Neugründungen werden in Hamburg und Dresden erfolgen. Die Vorträge legten besonderen Wert auf zeitgemäße Ausgestaltung des Verbindungslebens. Pflege der Lebensübungen. Beteiligung an der Ordnung der akademischen Standes- und Hochschulfragen. Parteipolitische Bestrebungen liegen dem Verbande fern. Der Verband umfaßte vor dem Kriege 12 000 Mitglieder, von denen 930 den Heldentod starben.

Alt-katholische Kirchengemeinde. Anläßlich der feierlichen Einführung des neuen Stadtpfarrers Fridbur Kaminski durch den bischöflichen Bevollmächtigten, Stadtpfarrer Dr. Steinwachs aus Mannheim, veranstaltete die Gemeinde am Sonntagabend im Saal der „Vier Jahreszeiten" einen Familienabend, um ihren neun Seelsorger festlich zu begrüßen. Unter außergewöhnlich zahlreicher Beteiligung nahm die Veranstaltung einen erhebenden Verlauf. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Fromherz, hielt eine Begrüßungsansprache, in der er im Namen des Kirchenvorstandes und der Gemeinde den neuen Seelsorger willkommen hieß und der Zuversicht Ausdruck gab, daß unter seiner Führung auch in der alt-katholischen Gemeinde immer mehr religiöse Kräfte sich entfalten und so beitragen zur Gesundung unseres Volkes. Pfarrer Kaminski gelobte in einer zu Herzen gehenden Ansprache, sein Bestes einzusetzen zum Segen seiner Pfarrangehörigen und bat um Vertrauen und Mitarbeit aller. Pfarrer Dr. Steinwachs sprach im Namen der Mannheimer alt-katholischen Gemeinde. Die Ansprachen waren umrahmt von Liedervorträgen des Kirchenchors unter der hervorragenden Leitung seines Dirigenten Hermann Kniserer, sowie anderen gesanglichen und musikalischen Darbietungen, die alle auf ansehnlicher künstlerischer Höhe standen; auch heitere Deklamationen trugen zur Unterhaltung der Teilnehmer wesentlich bei. Der Familienabend läßt zusammen mit der kirchlichen Feier am Vormittag für den neuen Lebensabschnitt, der mit dem Amtsantritt des Pfarrers Kaminski für die alt-katholische Kirchengemeinde in Karlsruhe anhebt, Gutes erhoffen.

Vortrag. Auf den Donnerstag, den 11. September, in den „Vier Jahreszeiten" stattfindenden Vortrag des Schriftstellers und Experimentalpsychologen Albert Schultz-Berthsu sei hiermit nochmals hingewiesen.

Tanz-Abend Le-San. Tänzerinnen gibt es viele am Tanzhimmel, so daß die Stimmung für diese oft sehr mäßig ist. Darum wirkt ein Tänzer schon wegen seiner Seltenheit fesselnder. Der junge Künstler versteht es ausgezeichnet, seine Darbietungen geistreich und geschmackvoll zu gestalten. Le-San, der am 16. ds. in der „Eintracht" auftritt, steht vor einer großen Auslandstournée, die er mit seiner Partnerin antreten wird, sofern es die politische Lage möglich macht.

Volksschauspiel Oetigheim. Man schreibt uns: Die Spielleitung sieht sich wegen starken Zudrangs genötigt, auf Mittwoch, den 17. September einen weiteren Werktagsspieltag einzulegen. An diesem Spieltag können bei frühzeitiger Anmeldung nochmals Schulen in beschränktem Umfange angenommen werden. Der Werktagsspieltag wird auch in allen Kreisen, die an Sonntagen am Spielbesuch verhindert sind, freudig begrüßt werden. Am Mittwoch, den 3. September war das Theater vollständig ausverkauft.

Stadtgarten. Heute Mittwoch findet bei gutem Wetter ein Konzert des Reichswehr-Regts. 27 statt. (S. d. Anzeige.)

Konzert. Heute abend 8 Uhr findet im Moninger-Garten ein Militärkonzert statt.

Kaffee Bauer. Heute abend 8 Uhr findet ein Sonderkonzert der verstärkten Kapelle statt. (Siehe die Anz.)

Residenz-Lichtspiele-Programme für Mittwoch bis einschließlich Freitag. Waldstraße 30: Schauspiel „Das Narrenschloß", 5 Akte. Unverwüstlich ist das Lustspiel „Mayer als Pantoffelheld". — Schillerstraße 22, Ecke Goethestraße: Ein köstliches Lustspiel in 3 Akten „Sein eigenes Begräbnis", ebenso Ehemann a. D., 2 Akte. — Kaiserstr. 5 a, Durlacher Tor: „113 oder die Ehre vor den Vater", ein Kriminalroman in 5 Akten, von erstklassigen bekannten Künstlern dargestellt, ein faktisches Drama „Vor den Toren des Lebens". Mittwoch nachmittag von 2—4 Uhr findet eine Jugendvorstellung statt.

Unfall mit Todesfolge. Am 8. September, mittags, lief ein 6jähriger spielender Knabe in der Augartenstraße in einen städtischen Lastmüllabfuhrzug hinein, geriet unter das Vorderrad des zweiten Anhängewagens, wodurch er zu Boden geworfen wurde, so daß ihm das Hinterrad des Wagens über den Kopf ging und ihm die Schädeldecke eindrückte. Der Tod trat sofort ein.

Verhaftet wurde eine geschiedene Kellnerin aus Gagenbach, die am 28. August, abends halb 9 Uhr, einem Manne in den Schloßplatzanlagen aus seiner Rocktasche 112 ℳ entwendete und darauf flüchtig ging. Außerdem war sie noch von der Staatsanwaltschaft Pforzheim wegen Diebstahls zur Verhaftung ausgeschrieben.

Standesbuch-Auszüge.

Geburten: 31. Aug.: Marianne Eva, Vater Robert Becker, Pol.-Kommissär; Anneliese Paula, Vater Herm. Schneider, Wirt. — 1. Sept.: Liselotte Hildegard, Vater Leo Wittmann, Kaufmann; Walter, Vater Julius Wiedmann, Bäcker. — 2. Sept.: Gertrud Paula, Vater Paul Jesser, Bäcker; Erna, Vater Hch. Böhrle, Schreiner; Emma, Vater Wilh. Bäuerle, Maschinentechniker; Hans Werner, Vater Johannes Kottke, Wachtmeister; Maria Anna, Vater Wilh. Edinger, Bäcker. — 4. Sept.: Wilhelm Adolf, Vater Gustav Ritz, Bahnarbeiter; Franziska Edeltrud, Vater Artur Hettel, Mechaniker; Kurt Friedrich, Vater Adolf Lacher, Zeichensteller; Julius Gustav Friedrich, Vater Gustav Rudolph, Schlosser. — 5. Sept.: Luise Johanna, Vater Hch. Baugert, Werkmeister; Franz, Vater Friedrich Hertenstein, Bierbrauer; Lotte Irma, Vater Eugen Schaßner, Lagerist; Kurt Walter, Vater Wilhelm Kutterer, Sergeant. — 6. Sept.: Helmut Willi Ernst, Vater Willi Kapp, Glasmaler; Friedrich Wilhelm, Vater Theodor Ungeheuer, Schmied.

Todesfälle. 6. Sept.: Laura Markert, alt 74 Jahre, Witwe des Lok.-Führers a. D. Georg Markert. — 8. Sept.: Susanne Brände, alt 81 Jahre, Witwe des Religionslehrers Abraham Brände; Ingeborg, alt 2 Monate 27 Tage, Vater Hch. Loew, Chemiker; Hans, alt 5 Jahre, Vater Franz Eberhard, Schriftsetzer; Irmgard Wiegele, ledig, Kindergärtnerin, alt 22 Jahre. — 9. Sept.: Magdal. Schmelzer, alt 81 Jahre, Witwe des Kaufm. Karl Schmelzer; Josefine Schlager, alt 69 Jahre, Witwe des Waldhüters Jakob Schlager; Helene Kunz, alt 56 Jahre, Witwe des Landwirts Max Kunz; Willi, alt 3 Monate 8 Tage, Vater Friedrich Blankenhorn, Postkutscher.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, 10. Sept., 12 Uhr: Irmgard Wiegele, Kindergärtnerin, Jollystr. 12. — 2 Uhr: Josef Neumaier, Privatmann, Goethestraße 83.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Die Ein- und Ausfuhrpolitik des Reichswirtschaftsministers.

o. Berlin, 8. Sept.

Im Gegensatz zu den verschiedentlich aufgetauchten Vermutungen, daß die Entsendung von Beauftragten des Kriegskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligungen nach verschiedenen Städten des Reiches, besonders nach München, Stuttgart und Karlsruhe eine grundsätzliche Aenderung der augenblicklichen Politik des Reichswirtschaftsministeriums, vor allem der einheitlichen Behandlung der Ein- und Ausfuhrfragen für das Reich, bedeute, hören wir von unterrichteter Stelle, daß es sich dabei nicht um eine Maßnahme von grundsätzlicher Bedeutung, sondern lediglich um eine Frage der Zweckmäßigkeit handelt. Es ist hierbei beabsichtigt, die Arbeiten der Zentralstelle für Ein- und Ausfuhr auf Grund der bisherigen gewöhnlichen Erfahrungen zu erleichtern und durch die Dezentralisation einen schnelleren Verkehr zwischen den Zentralstellen und den Interessenten im Reiche zu schaffen. Das Reichswirtschaftsministerium wird bis auf weiteres bestehende Außenhandelsstellen und Nebenstellen im allgemeinen beibehalten. Ueber die grundsätzlichen Ziele der künftigen Ein- und Ausfuhrpolitik sollen demnächst weitere amtliche Erklärungen erfolgen.

*

Regierungsrat Fell, der als Reichskommissar-Stellvertreter für Baden in Karlsruhe bestimmt war, ist inzwischen aus dem Staatsdienst ausgeschieden und muß durch einen anderen Herrn ersetzt werden. An seine Stelle tritt nunmehr Bezirksrichter Weber, der schon längere Zeit beim Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen tätig gewesen ist.

Keine Richtpreise für Leder.

Aus offiziöser Quelle verlautet: Nachdem auf Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung und auf Anregung des Vertreters der Lederinteressenten die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Leder verfügt worden ist, wird der Regierung vielfach der Vorwurf gemacht, die starke Preissteigerung hätte sich durch Aufstellung von Richtpreisen vermeiden lassen. Dieser Vorwurf ist durchaus ungerechtfertigt. Von einzelnen Fachverbänden der Lederhersteller sind bereits Richtpreise ausgegeben worden mit dem Erfolge, daß sie gleichwohl durch Vereinbarung besonderer Vergütungen umgangen wurden. Man kann sich infolgedessen von der Einführung von behördlichen Richtpreisen um so weniger Erfolg versprechen, als diese nur für eine Uebergangszeit in Vorschlag gebracht wurden. Nach den bisherigen Erfahrungen bei Höchstpreiserhöhungen vor Aufhebung der Lederzwangswirtschaft würden diese vorüberzehenden Richtpreise dazu führen, daß große Mengen von Ware bis zu dem Zeitpunkt zurückgehalten würden, bis die niedrigeren Preise außer Kraft gesetzt werden. Damit würde also das Gegenteil der Wirkungen erreicht werden, die man sich von der Freigabe des Lederhandels versprochen hat. Von der Einführung der Richtpreise wird infolgedessen abgesehen.

Freigabe der Obstkonservenherstellung, ausgenommen Pflaumenmus.

Die Herstellung und der Absatz von Obstkraut und Dörrobst ist freigegeben worden. Auch Gelees und Obstmus dürfen, soweit eine Verwendung von Zucker nicht stattfindet, ohne Genehmigung der Reichsgesellschaft hergestellt und abgesetzt werden. Nur die Herstellung von Pflaumenmus bleibt in dem bisherigen Umfang verboten.

Kein Auslandszucker zu Einmachzwecken.

Das badische Ministerium des Innern hat die Reichszuckerstelle in Berlin um Mitteilung ersucht, ob genügend Auslandszucker zur Verfügung steht, damit Einmachzucker verteilt werden kann. Gleichzeitig wurde angefragt, wie groß etwa die auf Baden entfallende Menge sein würde. Die Reichszuckerstelle ließ nunmehr die Antwort erteilen, daß leider bisher die Erlangung größerer Mengen Auslandszucker nicht ermöglicht worden sei. Zur Verteilung von Einmachzucker würden daher auch jetzt keine Mengen zur Verfügung stehen.

Letzte Nachrichten.

Deutschland und Argentinien.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 9. Sept. (Wolff.) Laut „Allgemeen Handelsblad" melden die „Neuwork Times" aus Buenos-Aires: Der Präsident von Argentinien hat den deutschen Gesandten Frhrn. v. d. Busche-Hattenhausen empfangen.

Hamburg—Bergen.

Bergen, 9. Sept. Die Bergenska Dampskibsselskab wird die Fahrten nach Hamburg aufnehmen. Der Dampfer „Sirius" wird in diese Fahrt eingesetzt.

Stockholm, 8. Sept. (Wolff.) Der schwedische Holzindustriellenverband beschlok, 7000 Arbeiter vom 15. September ab auszusperren, da sie unerfüllbare Forderungen aufgestellt haben.

Sport — Turnen — Wandern — Reisen

Karlsruher Turngau. Nach fünfjähriger Pause rüstet sich der Karlsruher Turngau zu turnerischen Wettkämpfen. Er veranstaltet, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, am Sonntag, den 14. September, von 8—11 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr auf dem Platze des K. F.V. (verlängerte Moltkestraße) ein Gauturnen und Gauspiele. Wie in anderen großen Turnverbänden in Mittel- und Norddeutschland unternimmt es der Turngau erstmals, diese Wettkämpfe außer den Turnern der 24 Gauvereine auch den Mitgliedern der Sportvereine (Leichtathleten) zugänglich zu machen. Als Preise werden zuerkannt: den drei Besten jeder Kampfgruppe je eine Plakette und eine Ehrenurkunde. Jeder siegenden Mannschaft, sowie einem Drittel aller Kämpfer Ehrenurkunden. Turner und Leichtathleten turnen gleichzeitig, die Zuerkennung der Preise erfolgt getrennt. Nach den bis jetzt erfolgten Anmeldungen beteiligen sich viele Turner und Sportler an diesen Wettkämpfen, und da außer Frage steht, daß gerade volkstümliche (leichtathletische) Uebungen ein hervorragendes Mittel zur Hebung der Volkskraft und Gesundheit sind, ist zu erwarten, daß die Einwohnerschaft diesen Vorführungen reges Interesse entgegenbringen wird.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Chiffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Ein- und Ausfuhr.

Für die Einfuhr soll, wie ergänzend mitgeteilt sei, ein allgemeines Einfuhrverbot grundsätzlich bestehen bleiben, jedoch sollen Freilisten aufgestellt werden. Alle Rohstoffe, die für die Industrie dringend benötigt werden, sollen einfuhrfrei sein. Die Einfuhr von Halberzeugnissen soll weiterhin beaufsichtigt werden. Fertigerzeugnisse sollen nach Maßgabe des Bedarfs von Fall zu Fall zur Einfuhr zugelassen werden. Die Ausfuhr soll grundsätzlich frei sein, aber für bestimmte Gegenstände sollen, nach Gruppen geordnet, besondere Regelungen getroffen oder Verbote erlassen werden können. Fertigerzeugnisse sollen grundsätzlich ausfuhrfrei werden. Ueber die Ausfuhr von Halberzeugnissen, die von der Fertigindustrie benötigt werden und von denen der Inlandsbedarf nicht voll gedeckt ist, sollen besondere Bestimmungen erlassen werden können, desgleichen über Rohstoffe, die nur in Ausnahmefällen ausgeführt werden sollen. Ueber diese Halberzeugnisse und Rohstoffe sollen vom Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung unter Mitwirkung der in Frage kommenden Fachabteilungen Listen aufgestellt werden. Ausfuhrverbote sollen nicht mehr allein wegen bestehender Preisprüfung aufrechterhalten, vielmehr soll von Fall zu Fall entschieden werden. Die Vertreter des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung sollen in ihrem Bezirk im Namen des Reichskommissars entscheiden. Die Außenhandelsstellen und Nebenstellen sollen nur dann entscheiden, wenn die beteiligten Privatkreise es übereinstimmend wünschen.

Zu dieser Regelung bemerken die „Berl. Vol. Nachr.": Der Begriff „Halberzeugnisse" wird sicherlich von verschiedenen Industrien verschieden aufgefaßt werden. So sind z. B. Garne für die Spinnereien Fertigerzeugnisse, für die Webereien Rohstoffe, Gewebe für die Webereien Fertigerzeugnisse, für die Kleidermacherei Halberzeugnisse. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß über diesen Begriff innerhalb einzelner Industriegruppen und zwischen ihnen und dem Handel Unstimmigkeiten in die Erscheinung treten werden. In bezug auf die Preispolitik ist darauf hinzuweisen, daß hierbei die Rücksicht auf den Inlandsbedarf nicht ausgeschaltet werden darf. Wenn die Preissteigerung für bestimmte Inlandserzeugnisse, beispielsweise Erzeugnisse für Haushalt und Landwirtschaft, im Inlande zu groß wird, muß im Interesse unserer Inlandsversorgung zu annehmbaren Preisen die Ausfuhr zeitweilig beschränkt werden. Auch für die Ausfuhr spielt die Preispolitik eine große Rolle. Wir müssen zu möglichst guten Preisen ausführen, um möglichst hohe Werte zur Bezahlung unserer Einfuhr an Lebensmitteln, Rohstoffen und Hilfsstoffen zu bekommen. Wir können unseren Inlandsmarkt um so niedriger halten, je höher der Auslandsmarkt hinsichtlich der Preise steht. Eine gänzliche Freigabe der Ausfuhr erscheint daher sowohl aus geldlichen als auch aus versorgungspolitischen Gründen nicht angebracht. Es ist ferner der Einwand erhoben worden, daß eine Preiskontrolle Schwierigkeiten beim Abschluß von Handelsverträgen bereiten könnte. Dieser Einwand erscheint nicht stichhaltig. Auch ohne Preiskontrolle können Schwierigkeiten entstehen. In der optischen Industrie war z. B. die Ausfuhr ohne Preiskontrolle größtenteils freigegeben worden. Die Folge war, daß die Franzosen ihre Einfuhrzölle sofort auf das Mehrfache erhöhten, um sich gegen die Ueberschwemmung mit deutschen optischen Erzeugnissen zu schützen.

Zu bedauern ist ferner, daß die Außenhandelsstellen durch diese Regelung zugunsten der Vertreter des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung in ihrer Tätigkeit stark zurückgedrängt worden sind. Die Regierung hatte erst vor kurzer Zeit die in Frage kommenden Wirtschaftskreise zur Mitarbeit herangezogen in dem Bestreben, die Außenhandelsstellen nach dem Grundsatz von Selbstverwaltungs- und Selbstverantwortungskörpern auszugestalten. Jetzt werden dieselben Kreise durch die Vertreter mehr oder weniger ausgeschaltet und fühlen sich naturgemäß vor den Kopf gestoßen. Die Tätigkeit der Vertreter des Reichskommissars kann, wie schon wiederholt von der Industrie der Regierung gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist, sehr gefährlich für unser Wirtschaftsleben werden. Es können Zustände entstehen ähnlich denen in der Ernährungswirtschaft. Dort schlossen sich zuletzt selbst einzelne Kreise gegeneinander ab und trieben eine Sonderpolitik der Versorgung. Eine solche Politik der gegenseitigen Abschließung und der Verfolgung von Sonderinteressen innerhalb der einzelnen Länder und Bezirke kann unser Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit auf die Dauer nicht ertragen. Auflösungswirtschaft wäre die Folge. Es ist unbedingt zu fordern, daß die Regierung diese Einwände bei der praktischen Durchführung der neugeschaffenen Regelung beachtet.

*

Ausfuhrmöglichkeiten nach Südamerika. Es besteht wieder die Möglichkeit zur Ausfuhr deutscher Güter nach Südamerika. Nähere Auskünfte erteilen die Firmen Brasch und Rothenstein, Berlin NW., Lüneburgerstraße 22, sowie die Firmen Gundlach & Bärenklau Nachf. in Mannheim, Bahnhofplatz 7 und die Firma Geber und Mader in Mannheim. Die beiden letztgenannten Firmen sind die Vertreter des Holländischen Lloyd.

Der englisch-deutsche Schiffahrtsdienst. Den englischen Blättern vom 6. September zufolge wird die Wiedereröffnung des Schiffahrtsdienstes zwischen Liverpool und Hamburg vorbereitet.

Schutz von Erfindungen, von Mustern usw. auf der Internationalen Einfuhrmesse in Frankfurt. Auf eine Anfrage des Meßamtes hat der Reichsminister der Justiz angeordnet, daß der durch das Gesetz vom 18. März 1904 vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen für die in Frankfurt in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1919 stattfindende Internationale Einfuhrmesse eintritt.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

W. **Berlin,** 9. Sept. Bei etwas stillerem Geschäft trat anfangs eine mäßige Abschwächung in Auslandswerten und teilweise am Montanmarkt ein. Doch wurde diese bald überwunden. Im Zusammenhang mit einer weiteren Abschwächung der Markvaluta setzte die Aufwärtsbewegung wieder ein. Canada Pacific und Baltimore Ohio hielten ungefähr ihren gestrigen Schlußstand. Steaua Romana und Deutsche Petroleum setzten ihre Steigerung fort. Von Kolonialwerten behaupteten Pomona und Kolonialanteile ihren gestrigen Vorsprung. Das Hauptgeschäft spielte sich in Otavi ab. Späterhin Türkentabak haussierend mit 17 Proz. Die kräftige Aufwärtsbewegung in Phönix brachte die anfängliche Abschwächung in westdeutschen und oberschlesischen Werten zum Stillstand. Deutsch-Ueberjee weiter um 80 Proz. haussierend. Von heimischen Renten waren 3prozentige mit 1½ Proz. Steigerung bevorzugt. Oesterreichische und ungarische Renten nahezu umsatzlos. Lombarden und Anatolier 1 Proz. höher.

Berliner Kursnotierungen.

	8. Sept.	9. Sept.		8. Sept.	9. Sept.
Schantungbb.	136.50	137.90	Felt. Guill.	195.—	197.75
Gr. Bl. Straßenbahn	120.50	120.75	Filter Braut.	158.—	160.—
Südd. Eisenb.	118.—	118.—	Gaggenau	127.75	124.75
Lombarden	18.75	19 5/8	Gasm. Deutz	143.—	144.—
Prinz-Hrchbb.	—.—	115.25	Gelsenkirchen	173.50	171.50
Orientbahn	296.50	294.25	Genschow	144.—	146.25
Argo Schiff.	195.—	199.	Georg Marte	131.—	129.—
DeutschAustr	156.75	156.50	Goldschmidt	249.—	244.50
Hamb. Paketf.	100.—	101.75	Hann. Masch.	315.—	314.—
Hbg.-Südam.	178.—	179.—	Harpener	164.25	164.75
Hansa Schiff.	243.—	240.—	Hafner Eisen	152.—	150.—
Nordd. Lloyd	103.75	101.—	Hin. Aufferm.	153.—	153.—
B. Handelsg.	150.25	151.—	Hirsch Kupfer	323.—	320.75
Darmst. Bank	106.75	107.—	Höchst. Farb.	293.50	296.
Deutsch. Bank	198.25	199.—	Hösch Eisen	197.25	196.50
Disk. Comm.	153.25	153 7/8	Hohenlohe	106.25	107.50
Dresd. Bank	129 7/8	130.50	Kali Aschersl.	174.—	173.75
Oesterr. Kred.	110.—	108.—	Kosth. Cellul.	172.—	169.50
Reichsbank	148 5/8	148 7/8	Kyffhäuser	139.—	142.—
Stinnes Br.	226.—	226.—	Lahmayer Co.	118.—	120.—
Accumulat.	242.75	242.—	Laurahütte	154 7/8	152.—
Adlerwerke	205.—	204.75	Linde Eism.	154.—	152.—
A. E. G.	177.50	179.—	Ludw. Löwe	208.50	214.—
Aluminium	1000.—	—.—	Lothr. Zem.	162.—	164.75
AngloContin.	188.50	184.75	Mannesm.	185.—	181.50
Anh. Kohlen	172.—	173.50	Ober Eisenb.	125.50	124.50
Ags.-Nürnb.	169 7/8	171.75	Ob. Eisenind.	144 3/8	144.75
Bad. Anilin	333.25	340.—	Ober Koksw.	194.—	192.—
Bergw. Elek.	144.75	143.25	Ornst.-Kopp.	174.—	175.—
Brl. Anh. M.	—.—	141.—	Phön. Bergw.	189.75	189.—
Berl. Masch.	194.—	194.50	Rheinf.-Kraft	153.25	154.—
Bing Nürnb.	195.—	196.—	Rhein. Metall	165.50	171.—
Bismarckh.	266.—	265.75	Rhein. Stahl	140.—	138.—
Bochum. Guß	179.—	179.—	Riebeck Mont.	185 7/8	185.75
Gebr. Böhler	175.50	176.50	Romb. Hütte	153.50	154.—
Brem. Vulk.	197.—	196.50	Rütgerswerk.	160.50	163.25
Brown Bov.	552.—	—.—	Sachsenwerke	202.—	203.—
Buderus Eis.	127.75	129.75	Schuckert Co.	120.50	121.—
Chem. Griesh.	198.—	199.—	Siem.-Halske	165.—	165.—
Chem. Alber:	314.—	—.—	Stett. Vulkan	163.50	158.50
Daiml. Mot.	202.—	198.25	Stollbg. Zink	131.50	130.—
Dessauer Gas	137.50	137.50	Türk. Tabak	557.—	565.
Deutsch-Lux.	151.75	150.75	V. K.-Rottw.	179.25	178.25
D. Eisb. S. W.	176.—	177.—	Ver. Deutsche Nickel	208.50	206.50
Deutsch Erdöl	289.—	294.50	Ver. Glanzst.	562.50	560.—
D. Gasglühl.	376.50	375.—	V. Stahl Jnv.	205.—	205.25
Deutsche Kali	184.—	183.—	Wand. Fahrr.	268.—	270.—
Deutsch. Waff	204.—	203.—	Weser-Aktien	—.—	180.50
Deutsch. Eisb.	156 7/8	155.—	Westereg. Alk.	232.—	231.—
Elberf. Farb.	291.—	294.50	Zellst. Waldh.	—.—	170.25
Eschw. Bergw.	276.—	272.75	Otavi Minen	172.50	181.—
Feldm. Bav.	171.75	171.—	Otavi Genuß	127.50	131.25

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

	8. Sept. 1919. Geld	Brief	9. Sept. 1919. Geld	Brief
Holland	837.—	837.50	862.—	862.50
Dänemark	485.—	485.50	500.—	500.50
Schweden	541.—	541.50	556.—	556.50
Norwegen	511.—	511.50	526.—	526.50
Schweiz	392.25	392.75	402.50	402.75
Oesterreich-Ungarn	42.45	42.55	42.45	42.55
Spanien	400.50	401.50	410.50	411.50
Helsingfors	136.25	136.75	136.25	136.75

Frankfurter Börse.

W. **Frankfurt a. M.,** 9. Sept. Die feste und lebhafte Tendenz, die die Börse gestern aufgewiesen hatte, fand heute ihre Fortsetzung. Unberührt von dem schlechten Stand der Valuta trat auf den meisten Gebieten lebhaftes Kaufinteresse ein. Sprunghafte Kursbesserungen erzielten Petroleumwerte. Kolonialpapiere lebhaft, gebessert. Sonst waren Elektrizitätswerte bevorzugt. Chemische Werte wurden teilweise höher bezahlt. Die zuversichtliche Stimmung übertrug sich dann noch auf einzelne Montanpapiere wie Phönix, Deutsch-Luxemburger und Mannesmann. Schiffahrtsaktien waren ebenfalls beachtet. Heimische Bankaktien gebessert. Heimische Anleihen bei fester Haltung gefragt. Das Geschäft hat im allgemeinen eine entschiedene Festigkeit erfahren. Privatdiskont 3½.

Frankfurter Kursnotierungen.

	8. Sept.	9. Sept.		8. Sept.	9. Sept.
Badische Bank	129.75	130.—	Lederf. Adler & Oppenh.	350.—	—.—
Darmst. Bank	106.50	108.50	Maschf. Bad. (Weinheim)	174.—	172.—
Deutsch. Bank	196.—	198.25	Bad. Maschf. (Durlach)	155.—	155.—
Disk. Comm.	153.25	156.—	Maschf. Gritzner (Durl.)	—.—	185.—
Dresd. Bank	130.—	131.—	Maschf. Haid & Neu, Nähm.	—.—	—.—
Oest. Länderb	—.—	—.—	Maschinenfb. Karlsruhe	—.—	—.—
Rhein. Creditbank	109.40	109.40	Schlink & Co.	—.—	—.—
Schiffb. Bankv.	—.—	—.—	Spinner Ell. Baumwollf.	—.—	—.—
Südd. Dk.-G.	118.50	118.—	Spinn. Ettl.	159.—	157.—
Wien Bankv.	68.—	—.—	Uhrenf. Bad. (Furtwang.)	67.—	—.—
Ottomanbank	—.—	—.—	Waggonfabr. Fuchs	288.—	288.—
Bochum Gußst.	—.—	183.75	Zellstoffabrik Waldhof	174.—	175.50
Gelsenkirchen	174.50	173.—	Zuckerf. Bad.	—.—	277.—
Harpener	165.50	165.—	Zuckerfabrik Frankenth.	373.—	375.—
Laurahütte	—.—	—.—			
Mb Verficha.	—.—	—.—			
Baugef. Grün & Bilfinger	160.—	162.—			
Cementwerk Heidelberg	174.—	170.—			
Ch. Fabr. Ber. (Mannh.)	—.—	—.—			
Jungh. Gebr. Schramberg	223.—	225.—			

Warenmarkt.

i. **Bühl,** 8. Sept. Zum heutigen Schweinemarkt wurden aufgefahren: 321 Ferkel und 6 Läuferschweine. Verkauft wurden 300 Ferkel und 6 Läuferschweine. Der niederste Preis für Ferkel war 180 Mk., der mittlere Preis 300 Mk. und der höchste Preis 400 Mk., für Läuferschweine war der niederste Preis 500 Mk., der mittlere Preis 600 Mk. und der höchste Preis 800 Mk. für das Paar.

Vom Wetter.

Berichte und Beobachtungen des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie.

Der größte Teil des europäischen Festlandes ist von hohem Druck bedeckt, der die höchsten Barometerstände mit 771 mm über Westdeutschland enthält. Im größten Teil des Reiches ist es heiter, in den Küstengebieten der Nord- und Ostsee verursachen die im Norden vorbeiziehenden Depressionen trübes Wetter und frische Winde. Die Morgentemperaturen waren am tiefsten im Rheingebiet und betrugen nur wenig über 10 Grad Celsius. Der hohe Druck wird voraussichtlich zunächst noch weiteren Bestand haben.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch, den 10. September, abends: Keine wesentliche Aenderung.

*

Orts-Zeit	Barom. mm	Therm in C	Abs. Feucht.	Feucht. i. Proz.	Wind	Wetter
8. Sept. Nachm. 2 U.	753,0	23,0	11,3	58	NO	heiter
8. Sept. Abds. 8 U.	755,6	14,8	10,5	85	NO	wolkenl.
9. Sept. Morgs. 8 U.	759,4	12,7	10,0	92	still	heiter

Höchste Temperatur am 8. Sept. 23,8 [illegible] Nacht 11,1. Niederschlagsmenge gemessen am 9. Sept. 8 U. früh — mm

Rhein-Wasserstände, morgens 6 Uhr

	9. September		8. September
Schusterinsel	1.18 m		1.25 m
Kehl	2.27 m		2.26 m
Maxau	3.76 m		3.88 m
„	— m	mittags 12 Uhr	3.82 m
„	— m	abends 6 Uhr	3.81 m
Mannheim	2.66 m		2.78 m

Herrenschneiderei I. Ranges
Hans Leyendecker
Kaiserstraße 161 eine Treppe
Eing. Ritterstraße Telephon Nr. 1310.

Erster Deutscher Evangelischer Kirchentag.

Der Religionsunterricht in den Schulen.

Hg. Dresden, 5. Sept.

Der wichtigste Punkt der Beratungen des Kirchentages betrifft die Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichts in den Schulen. Der Kirchenausschuß hat der Versammlung hierzu Leitsätze unterbreitet.

Das deutsche Volksleben steht seit mehr als einem Jahrtausend in engster Verbindung mit der Religion. Diesen geschichtlich gegebenen Zusammenhang hat die Schule zum Verständnis zu bringen und zu pflegen. Darum wird die Erhaltung des christlichen Charakters der Schulen gefordert. Als ordentliches Lehrfach gehört der christliche Religionsunterricht zum Grundbestande der Schule. Ein allgemeiner religionskundlicher Unterricht ist ebenso wie ein objektiver christlicher Religionsunterricht abzulehnen, weil durch die mangelnde Geschlossenheit des ersteren eine einheitliche religiös sittliche Bildung unterbunden und durch den zweiten überhaupt kein religiöses Interesse geweckt wird. Psychologisch und pädagogisch unmöglich ist ein interkonfessioneller christlicher Religionsunterricht. Der evangelische Religionsunterricht hat die Aufgabe nach reformatorischer Auffassung Wesen und Wahrheit des Christentums zum Verständnis zu bringen. Das Evangelium ist sein Inhalt.

Es wird weiter gefordert, daß kein Lehrer gegen seinen Willen zur Uebernahme des Religionsunterrichts gezwungen werden soll. Jeder der evangelischen Kirchengemeinschaft angehörige Schüler ist zur Teilnahme am evangelischen Religionsunterricht der Schule verpflichtet. Den Eltern steht es aber frei, aus Gewissensgründen den Kindern einen anderen Religionsunterricht erteilen zu lassen, für den die Kirche Vorsorge zu treffen hat. Die Kirche wird gewisse äußere Bürgschaften dafür nicht entbehren können, daß der Religionsunterricht ihren Bedürfnissen entsprechend erteilt wird. Innerhalb der örtlichen Schulbehörden und den Elternräten ist den Kirchengemeinden Sitz und Stimme einzuräumen. Die Trennung der Schule nach Konfessionen ist der Simultanschule grundsätzlich vorzuziehen. Das Recht auf Errichtung christlicher Privatschulen ist zu fordern. Sollte der christliche Religionsunterricht entgegen der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Schule sowie im Widerspruch mit den Interessen des Staates, der Kirche und der christlichen Familie aus dem Lehrplan der Schule ausgeschaltet werden, hat die Kirche für die Erteilung dieses Unterrichtes zu sorgen. In diesem Falle soll die Schule der Kirche Zeit und Räume zur Gewährung des Unterrichts gewähren, den willigen Lehrern soll das Recht gesichert werden, diesen Unterricht zu übernehmen, und die Teilnahme an diesem Unterricht entbindet die Schüler von einem etwaigen Moralunterricht. Soweit der Religionsunterricht nicht von Lehrern erteilt wird, haben Geistliche einzutreten, außerdem sind von der Kirche sonst geeignete männliche und weibliche Personen auszubilden. Die Feststellung des Unterrichtsplanes, die Bestimmung über die Lehrbücher und die Aufsicht über diesen Unterricht ist Sache der Kirche. Eine angemessene Beteiligung der Lehrerschaft ist zu sichern.

Der erste Berichterstatter über den Religionsunterricht in den Schulen, Generalsuperintendent a. D. Geh. Konsistorialrat D. Kaftan-Baden-Baden, bezeichnet es als eine vornehmste Aufgabe der Christenheit, dafür Sorge zu tragen, daß die Jugend christlich erzogen werde. Der Redner werdet sich gegen die Bestrebungen, den Religionsunterricht nach dem Beispiel höherer Schulen auch in der Volksschule auf ein Nebenfach herabzudrücken. Weiter besprachen die Vorlage noch Pfarrer D. Jeremias-Leipzig, Studienrat D. Schuster-Hannover und Oberkirchenrat Stadtdekan D. Traub-Stuttgart für die höhere Schule, sowie Pfarrer Diesener-Berlin für die Volksschule. Daran knüpfte sich eine allgemeine Aussprache.

Der Vorlage über die Synodalordnung im allgemeinen wurde grundsätzlich zugestimmt, doch überwies der Kirchentag im übrigen die Vorlage zur freien Entschließung den Landeskirchen.

Sehr weit gehen die Meinungen über die Behandlung des Urwahlsystems in der Kirchenverfassung auseinander. Auch hierüber entspannen sich vielstündige Auseinandersetzungen. Gegen die Urwahl wurde, soweit sie sich nicht lediglich auf die Gemeinden erstrecken, verschiedene Bedenken geltend gemacht.

Schließlich wurde ein Antrag Mumm mit großer Mehrheit angenommen: Der Kirchentag überläßt die Entscheidung über das Wahlsystem zu den Verfassungen der einzelnen Landeskirchen den zuständigen Stellen, besonders den Landessynoden. Einstimmig wurde ferner ein Antrag Mumm angenommen, der die Einmischung staatlicher Instanzen in das innerkirchliche Leben zurückweist.

*

Hg. Dresden, 5. Sept.

Die Besprechung über den Religionsunterricht in den Schulen wurde gestern abend nicht beendet und füllte auch noch heute einen großen Teil der Vormittagssitzung aus.

Oberkirchenrat D. Traub-Stuttgart wandte sich gegen den Religionsunterricht des Staates und erklärte, daß der Religionsunterricht Sache der Religionsgemeinschaften sei.

Abg. D. Mumm-Berlin verlangt einen Kampfruf an die evangelische Christenheit für die Erhaltung der Konfessionsschule und gegen die religionslosen Schulen.

Nachdem noch eine Reihe von Rednern zu Worte gekommen, wurde die Vorlage in der Hauptsache angenommen mit Ausnahme der leitenden Gesichtspunkte, ohne daß zu diesen Stellung genommen wurde. — Ferner wurde folgender Antrag angenommen: „Der Kirchentag fordert alle evangelischen Erziehungsberechtigten auf, mit glaubensmütiger Entschlossenheit um der heranwachsenden Jugend willen für die bestehende öffentliche evangelische Schule einzutreten und mit aller Entschiedenheit gegen die religionslose Schule zu arbeiten. Der Kirchentag hofft, daß alle evangelischen Erziehungsberechtigten das durch die Reichsverfassung gegebene Recht, die Art der Schule zu bestimmen, ausüben und erwartet, daß kirchliche Organe und Vereine tatkräftig die Arbeiten für die evangelische Schule unterstützen."

Sodann nahm der Kirchentag den Bericht des am ersten Tage eingesetzten Ausschusses über die Aufgaben und Zuständigkeiten des Kirchentages als dauernde Einrichtung entgegen. Der Ausschuß schlägt die Bildung eines „Deutschen Kirchenbundes" vor. Der einleitende Hauptsatz lautet in der endgültigen Fassung des Ausschusses wie folgt: „Der Kirchentag bereitet die Gründung eines Bundes der Landeskirchen vor. Der Bund soll einen möglichst engen Zusammenschluß der deutschen evangelischen Landeskirche und die Förderung des gesamten deutschen Protestantismus auf allen Gebieten seiner Glaubensbetätigung herbeiführen und die Vertretung dieser Interessen nach außen übernehmen. Es ist nicht an eine Reichskirche gedacht. Der Bund erfüllt seine Aufgabe unter Wahrung der Selbständigkeit und des Bekenntnisstandes der einzelnen Landeskirchen."

Inzwischen wurden der Versammlung die vorbereiteten Kundgebungen vorgelegt. In der Kundgebung an das deutsche evangelische Volk heißt es:

„Es schmerzt uns tief, daß weite Kreise unseres Volkes in allen Ständen dem Evangelium entfremdet sind. Aufgabe der Kirche ist es, in alter und auch in neuer Weise ihre große, Jahrhunderte hindurch gesegnete Arbeit zu tun. Mit allem, was heute noch an unsozialen Einrichtungen in der Kirche sich findet, muß gebrochen werden. In einer jedermann zugänglichen und verständlichen Art ist das Evangelium zu verkünden. Alle, die mit Ernst Christen sein wollen, sind zur Mitarbeit an der Volksmission berufen; für die Erfüllung kirchlicher Aufgaben brauchen wir die Hilfe christlicher Männer und Frauen aller Berufsarten, damit unser Volk ein christliches und unsere Landeskirchen endlich Volkskirchen werden. Laßt uns lebensvolle Gemeinden schaffen, in denen sich alle Stände heimisch fühlen. Laßt uns durch unsere Gemeinden soziales Streben fördern, damit der Bruderzwist ein Ende gewinne! Laßt uns eintreten für Gerechtigkeit und Liebe! Der Glaube an die unüberwindliche Macht des Evangeliums von der Gnade Gottes in Jesu Christo wird uns auch durch die verheerenden Stürme der Gegenwart führen."

Eine weitere Kundgebung richtet sich an die evangelischen Gemeinden in den abzutretenden Gebieten.

Weiterhin beschäftigte sich der Kirchentag mit dem letzten Punkt der Tagesordnung: „Die Lockerung des Parochialzwangs und den Schutz der Minderheits-Gemeinden". Die Vorlage empfiehlt: Das religiöse und kirchliche Interesse erfordert die Aufhebung des Parochialzwanges in allen Fällen, in denen beim Antragsteller ernsthafte Gründe vorliegen. Wie dieser Schutz zu schaffen ist, richtet sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Landeskirchen, insbesondere aber nach den örtlichen Verhältnissen, vor allen auch nach den Verschiedenheiten von Stadt und Land.

Die Berichterstatter Pfarrer Michaelis-Bielefeld und Pfarrer D. Schneemelcher-Berlin empfehlen die Annahme. Auch in der Aussprache wurde allgemein der Vorlage zugestimmt. Der Kirchentag wählte dann noch einen Kirchen-Ausschuß aus 15 Mitgliedern.

Ratten, Mäuse, Wanzen, Käfer etc.
beseitigen wir vollständig mittelst unseren noch nie versagten Spezialmitteln, selbst da, wo schon viele Mittel ohne Erfolg angewandt waren.
Versicherungs-Institut gegen Ungeziefer
Philippstraße 25 **F. Höllstern,** Markgrafenstr. 52 p.

Weinbrand Cognac Marke „Goldstück"
Jacob Stück Nachfolger Hanau a/m
Cognacbrennereien
WL. 19

Lebensmittelmarken.
Für verfallene, verlorene, gestohlene und sonst abhanden gekommene Lebensmittelmarken kann Ersatz **nicht** gewährt werden.
Karlsruhe, den 9. September 1919.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Zurückgekehrt!
Prof. Dr. Hellpach
Nervenarzt.
Amalienstr. 40. Sprechz.: 11—1 Uhr.

Von der Reise zurück.
Sprechstunden: morgens 9—10 Uhr, nachm. 3—½5 Uhr
Dr. R. Unter Ecker
Facharzt für Chirurgie und Röntgenologie
Kaiserstraße 247.

Achtung! Achtung!
Tapeziere und Maler
Tapezierkleister 72 Pfg. p. Kilo
Friedensqualität — Bezugsscheinfrei in Gebinden von 25 kg ab.
W. Ihle, Nelkenstraße 9.
Telephon 3135.
— Malerleim, beste Qualität, eingetroffen. —

Dentistin Else Burg
von der Reise zurück
Kaiserstr. 239 II Tel. 2605.

Patent-Anwalt
A. OHNIMUS
Karlsruhe, Leopoldstraße 44.

Obstlieferung.
Aepfel, Birnen, Zwetschgen,
jedes gewünschte Quantum täglich versandbereit bei
M. S. Kimmelspacher
Obstgroßhandlung
Muggensturm bei Rastatt.
Fernruf Amt Rastatt 507.
Für Wiederverkäufer günstige Gelegenheit.

Kinderwagen
u. Klappwagen
empfiehlt
in größter Auswahl
zu billigsten Preisen
J. Heß Kaiserstr. 123.

Bester Schuhputz, ist wasserdicht u. färbt nicht ab! Wertvolle Sammelmarken! Büdowerk Schwenningen a/N.

Ausschneiden!
Kunststopferei
für kunstvolles oder unsichtbares Einweben und Stopfen von Rissen, Brandlöchern, Mottenfraß 2c. an
Herren- und Damenkleidern
Gardinen, Schirmen, Mützen (Panama)
Teppichen usw.
Sammelstelle Karlsruhe
Schuler, Kaiserstraße 85 H.
Teppiche werd. gefärbt und desinfiziert.
Aufheben!

Geschäfts-Empfehlung.
Empfehle mich zur Anfertigung feiner
Herrengarderobe
nach Maß. Reparaturen und Abänderungen bei billigster Berechnung.
Deutsche u. Englische Stoffe.
Valentin Mees,
Rintheimerstraße 1.
Früher langjähriger Zuschneider der Firma **A. Stein.**

Georg Hanstein & Cie.
Elektrotechnisches Installationsbüro
Augartenstraße 6 Fernsprecher 356
Elektrische Licht- und Kraft-Anlagen
Motoren, Glühlampen, Beleuchtungskörper,
Elektr. Heiz- und Kochapparate.

Bilanz-Aufstellung und Revisionen
Beschaffung von Teilhabern
Steuerberatungen
Vertrauensarbeiten kaufm. Natur
übernimmt
F. W. Wörner, beeidigter kaufm. Sachverständiger.
Telephon 3024. **Karlsruhe,** Akademiestraße 13.

Bringen Sie jetzt ihre
Filz- und Velourhüte
z. Umformen nach flotten, vornehmen Modell. Beste Ausführungen wie neu.
Laßmann,
Kaiserstraße 235 III.

Zwetschgen
sind pfund- und zentnerweise abzugeben. Vorh. Bestellung bei **N. Haut,** Bäcker, Leopoldshafen.

Sie rauchen zu viel!
„Raucherfrost"
Tabletten (ges. gef.) ermögl. das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Unschädlich! 1 Schachtel ℳ 2.— 6 Schachteln ℳ 10.— fr. Nachn. **Verl. Hansa, Hamburg 25 E,** 55.

Wem seine Gesundheit am Herzen liegt, nehme wöchentlich 2 bis 3 Schwimmbäder im **Friedrichsbad**

1 Kte.	10 Kt.	ohne Kab.
1 ℳ	8 ℳ	45 ₰

Im Lebensbedürfnisverein einzeln zu 80 ₰ **Mittwoch** u. **Samstag** abend für **50 Pfg. und 30 Pfg.**

Rat und Hilfe!
Gesuche werden bestens angefertigt.
Kaiserstr. 157 IV.

Die hier ersichtliche Kunden-Zunahme vom 1. Juli 1907/14, sowie die Erledigung von 80% aller Bücheranlagen bezw. Umwandlungen und 95% aller Jahresabschlüsse nach doppelter Buchführung an einem Tag sollte jeden Interessenten veranlassen, kostenlos und unverbindlich Honorartarif und notariell beglaubigte Atteste aus 12-jähriger Praxis zu verlangen.
Karl Hecht
Bücher-Revisor und kaufmännischer Sachverständiger
Stuttgart-Gablenberg.

Vermögens-Aufstellung
Einkommen-Feststellung
Vermögens-Verwaltung
Bücher-Anlage u. Ordnung
Bilanz-Prüfung
Häuserverwaltung
Steuererklärung
übernimmt sach- und fachkundig
Oscar Kleinert
Buchhalter u. Bücherrevisor
Kurvenstraße 15 II.

Elektr. Licht- und Kraft-Anlagen
fast staubfreie Arbeit, größte Schonung der Zimmerdekoration
Motoren und **Beleuchtungskörper**
stets zu haben.
Eigene Reparatur-Werkstätte — Kostenanschläge und Ingenieurbesuche unverbindlich.
Mechanische und Elektrotechnische Installationswerkstätte
Telephon 3765 **Julius Ehlgötz,** Karlsruhe (Baden) Tel. 3765. Humboldtstr. 19.